Ressort: Politik

Justizminister stellen sich auf Übernahme von IS-Kämpfern ein

Berlin, 19.02.2019, 08:32 Uhr

GDN - Die deutschen Behörden stellen sich auf die Übernahme einer größeren Zahl ehemaliger IS-Kämpfer ein. "Klar ist, dass wir deutschen Staatsangehörigen die (Wieder-)Einreise nicht verwehren können", sagte Schleswig-Holsteins Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe).

Die CDU-Politikerin leitet die Justizministerkonferenz und sagt voraus: "Solche zusätzlichen Verfahren binden Kapazitäten, unsere Justiz wird jedoch auch diesen Herausforderungen gerecht werden." Sütterlin-Waack kritisierte die Twitter-Politik des US-Präsidenten als "wenig hilfreich". Der Umgang mit mutmaßlichen deutschen IS-Kämpfern sei "zu komplex, als dass man dazu in 280 Zeichen Politik betreiben sollte", sagte sie. Es gelte, im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens zunächst den gesamten Sachverhalt zu klären. Zum anderen müsse der Schutz der Bevölkerung in Deutschland vor IS-Kämpfern gewährleistet sein.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-120297/justizminister-stellen-sich-auf-uebernahme-von-is-kaempfern-ein.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619